



Marburg, 21.03.2019

Eingang: 25.03.2019

TOP: 7

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENLfd.Nr. 303/2019 KT 1.
Änderung**Änderungsantrag zur Kreistagssitzung am 29.03.2019****Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Scheldetalbahn darf nicht stillgelegt werden.**

Der Antrag ersetzt nach § 18 Abs. 1b der Geschäftsordnung für den Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf den vorliegenden Antrag.

Beschluss:

1. Der Kreistag fordert die Deutsche Bahn AG (DB Netz) auf, die Überlegungen zur Entlassung aus der Betriebspflicht für den Streckenabschnitt Wallau-Holzverladestation Breidenstein umgehend aufzugeben und mit allen Mitteln für einen Erhalt dieses letzten Abschnittes der Scheldetalbahn einzutreten.
2. Der Kreistag fordert die DB zugleich auf, zügig eine Ertüchtigung der Oberen Lahntalbahn unter anderem durch eine Modernisierung des Zugbahnfunkes zu realisieren, damit zusätzliche Verkehrsbestellungen im Personen- und Güterverkehr möglich sind. So könnte für viele Unternehmen des Hinterlandes die Chance eröffnet werden, Transportkapazitäten von der Straße auf der Schiene zu verlagern.
3. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG und den an der Güterverladung auf dieser Strecke interessierten Unternehmen Perspektiven für einen dauerhaften Erhalt der Stichstrecke sowie eine stärkere Nutzung der Oberen Lahntalbahn auch im Güterverkehr zu entwickeln. Ziel ist es, zu erreichen, dass der Gleisanschluss der Scheldetalbahn erhalten bleibt und nicht wie angekündigt stillgelegt wird.

Begründung:

Die Bahn hat angekündigt, das letzte verbliebene Stück der Scheldetalbahn zwischen Wallau und dem einstigen Haltepunkt Wiesenbach stillzulegen.

Das würde nicht nur die Holzverladestation bei Breidenstein treffen. Die Firma Christmann und Pfeiffer lieferte in der Vergangenheit große Stahlbetonteile auf dem Schienenweg aus. Anstatt dies wie geplant auszubauen, würden diese Schwertransporte auch auf die Straße verlegt werden.

Anstatt diese Strecke stillzulegen, sollte sie erhalten und zu einer leistungsfähigen, regionalen Schnittstelle Schiene/Straße (Railport) ausgebaut werden.

In einer Zeit, in der über Mobilitätswandel im Personen- und im Güterverkehr diskutiert wird und immer mehr Unternehmen – gerade auch in der für das Hinterland wichtigen Automobilindustrie – versuchen, ihre Lieferketten möglichst von der Straße auf die Schiene zu verlagern, wäre eine solche Aufgabe einer Strecke, für die sogar ein von der Wirtschaft bekundetes großes Interesse besteht, ein fatales Signal. Das Bundesunternehmen DB Netz AG darf hier in keinem Fall aus seiner Verantwortung entlassen werden, sondern muss durch den Erhalt der Infrastruktur seinen Beitrag zur (Straßen-)Verkehrsvermeidung leisten.

gez.:

Werner Hesse
SPD-Fraktion

Werner Waßmuth
CDU-Fraktion

Sandra Laaz
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN